

Konsultationsbeiträge

§	Absatz	Buchstabe	Vorgeschlagene Änderung	Begründung	Einreicher
§28	Abs.1		Die Merit Order der Regelarbeit gemäß § 28 Abs. (1) Buchstabe b) wird in der Regel spätestens 30 Minuten nach der Gate Closure Zeit gemäß § 38 Abs. (5) veröffentlicht. Die Frist für die Veröffentlichung der anonymisierten Merit Order für Regelarbeit sollte auf die Fristen für die Kommunikation von Zuschlägen für Anbieter entsprechend §38 angepasst werden. Außerdem sollte in Verbindung mit §28(1) e) und f) auch der grenzüberschreitende Grenzpreis für aFRR in sekundlicher Auflösung veröffentlicht werden.		BDEW
§28	Abs.1		Zu Nr. 6: Die Merit Order der Regelarbeit gemäß Abs. (1) Buchstabe b) wird in der Regel spätestens 15 Minuten nach der Gate Closure Zeit gemäß § 38 Abs. (5) veröffentlicht, spätestens jedoch zu dem Zeitpunkt, zu dem die Freisetzung der Regelarbeitsgebote nach §38 Abs. 8 erfolgt.	In Bezug auf ein level-playing-field und Transparenz für alle Marktteilnehmer passen die unterschiedlichen Zeitpunkte der Veröffentlichung von der anonymisierten Merit Order (MOL) und der Freisetzung der Regelarbeitsgebote unseres Erachtens nicht zusammen: - Anbieter von Regelarbeit bekommen dadurch 10 Minuten vor Beginn der Produktzeitscheibe (T-10) die Information, dass sie ihre Arbeit anderweitig vermarkten können und damit außerdem die Information, wie die MOL letztlich (zumindest zum Teil) zusammengesetzt ist. - Andere Marktteilnehmer bekommen diese Information erst T+5, also nach dem Beginn der Produktzeitscheibe. Den Regelreserveanbietern entsteht hierdurch ein Informationsvorteil, den sie im noch offenen Intraday-Handel nutzen könnten. Im Sinne einer bestmöglichen Markttransparenz plädieren wir daher für eine diskriminierungsfreie und zeitgleiche Bereitstellung an alle Marktteilnehmer.	Centrica Energy Trading A/S
§28	Abs.1		zu Satz 6. Anmerkung zur Vorgabe: „Die Merit Order der Regelarbeit gemäß Abs. 1 Buchstabe b) wird in der Regel spätestens 30 Minuten nach der Gate Closure Zeit gemäß § 38 Abs. (5) veröffentlicht.“ Die Frist für die Veröffentlichung der anonymisierten Merit Order für Regelarbeit sollte auf die Fristen für die Kommunikation von Zuschlägen für Anbieter entsprechend §38 angepasst werden. Außerdem sollte in Verbindung mit §28(1) e) und f) auch der grenzüberschreitende Grenzpreis für aFRR in sekundlicher Auflösung veröffentlicht werden. Die Veröffentlichung des grenzüberschreiten-de Grenzpreis, von der AOF als Online-Signal an die TSO übermittelt, sollte auch den Anbietern als Online-Signal bereitgestellt werden.		EnBW Energie Baden-Württemberg AG
§28	Abs.1		Der Bedarf gemäß Abs. (1) Buchstabe a) wird initial zum Gate Open des Regelleistungsmarktes und final am Vortag des Gate Closure des Regelleistungsmarktes veröffentlicht. Der finale Bedarf aus dem Regelleistungsmarkt entspricht dem Bedarf des entsprechenden Produktes am Regelarbeitsmarkt. Etwaige Anpassungen gemäß § 38 Abs. 8 lit a), b) und c) werden bis spätestens 4 Stunden vor Produktbeginn veröffentlicht.	Der finale Bedarf aus dem Regelleistungsmarkt im Fall, dass eine Anpassungen gemäß § 38 Abs. 8 lit a) und b) erfolgte, sollte spätestens 4 Stunden vor Produktbeginn veröffentlicht. Der Bedarf ist eine wesentliche Größe bei der Bildung der Gebote. Daher sollte dem Regelleistungsanbieter ausreichend Zeit zur Verfügung gestellt werden, um seine Gebote anpassen zu können. Die gegenwertige Frist von 2 Stunden vor Produktbeginn, die effektiv nur eine Stunde es dem Regelleistungsanbieter ermöglicht seine Gebote zu ändern, ist unzureichend. Eine nochmalige Kalkulation, Anpassung und Übermittlung der Gebote ist in dieser einen Stunde mit der erforderlichen Gewissenhaftigkeit nicht möglich. Daher sollte spätestens 4 Stunden vor Produktbeginn eine etwaige Veröffentlichung erfolgen. Dies sollte auch für den §38 Abs. 8 c) gelten. Auch aktuelle und erwartbare Betriebsituation, die einen ungewöhnlich hohen Regelreserweinsatz erfordern könnten, sollten spätestens 4 Stunden vor Produktbeginn veröffentlicht werden. Die Berechnung des Regelleistungsbedarfes erfolgt mittlerweile dynamisch. Dieser berücksichtigt auch die gegenwertige Situation. Daher sollte es den ÜNB möglich sein, diese außerordentliche Situation mit dem erforderlichen Vorlauf von 4 Stunden zu erkennen und entsprechend zu veröffentlichen.	Uniper
§28	Abs.1	e	"die eingesetzte aFRR-Arbeit in viertelstündlicher Auflösung" Sowohl die bei deutschen Anbietern aktivierte aFRR-Mengen als auch die über Regelreservekooperati-onen exportierten oder importierten Mengen sollten in sekundlicher Auflösung veröffentlicht werden.		BDEW
§28	Abs.1	e	Anmerkung zur Vorgabe: „die eingesetzte aFRR-Arbeit in viertelstündlicher Auflösung [...]“ Sowohl die bei deutschen Anbietern aktivierte aFRR-Mengen als auch die über Regelreservekooperationen exportierten oder importierten Mengen sollten in sekundlicher Auflösung veröffentlicht werden.		EnBW Energie Baden-Württemberg AG
§28	Abs.1	f	„die eingesetzte aFRR-Arbeit in viertelstündlicher Auflösung“ Sowohl die bei deutschen Anbietern aktivierte aFRR-Mengen als auch die über Regelreservekooperati-onen exportierten oder importierten Mengen sollten in sekundlicher Auflösung veröffentlicht werden.		BDEW
§36	Abs.4		Anmerkung zur Vorgabe: „[...] Die Lieferung erfolgt möglichst linear und entsprich möglichst dem mFRR Austauschprofil gemäß mFRR Implementierungsrahmen, das eine zehnminütige Aktivierungs- und eine zehnminütige Deaktivierungszeit vorsieht. [...]“ Die Vorgabe einer Rampe bei der Erbringung von mFRR lehnen wir ab. Die Rampengeschwindigkeit von Anbietern sollte nicht begrenzt werden, solange der mit dem mFRR Standardprodukt definierte Energieinhalt geliefert wird.		EnBW Energie Baden-Württemberg AG
§37	Abs.1		Zu Nr. 6: Die Merit Order der Regelarbeit gemäß Abs. (1) Buchstabe b) wird in der Regel spätestens 15 Minuten nach der Gate Closure Zeit gemäß § 38 Abs. (5) veröffentlicht, spätestens jedoch zu dem Zeitpunkt, zu dem die Freisetzung der Regelarbeitsgebote nach §38 Abs. 8 erfolgt.	In Bezug auf ein level-playing-field und Transparenz für alle Marktteilnehmer passen die unterschiedlichen Zeitpunkte der Veröffentlichung von der anonymisierten Merit Order (MOL) und der Freisetzung der Regelarbeitsgebote unseres Erachtens nicht zusammen: - Anbieter von Regelarbeit bekommen dadurch 10 Minuten vor Beginn der Produktzeitscheibe (T-10) die Information, dass sie ihre Arbeit anderweitig vermarkten können und damit außerdem die Information, wie die MOL letztlich (zumindest zum Teil) zusammengesetzt ist. - Andere Marktteilnehmer bekommen diese Information erst T+5, also nach dem Beginn der Produktzeitscheibe. Den Regelreserveanbietern entsteht hierdurch ein Informationsvorteil, den sie im noch offenen Intraday-Handel nutzen könnten. Im Sinne einer bestmöglichen Markttransparenz plädieren wir daher für eine diskriminierungsfreie und zeitgleiche Bereitstellung an alle Marktteilnehmer.	Centrica Energy Trading A/S
§37	Abs.1	d	Ergänzung der veröffentlichten Informationen um die anonymisierte Liste aller nicht-bezuschlagten mFRR-Angebote, die für jedes Angebot die Angebotsleistung und den Leistungspreis enthält sowie eine Liste aller nicht-bezuschlagten Regelarbeitsgebote, die für jedes Angebot die Angebotsleistung und den Arbeitspreis enthält (Merit Order der Regelarbeit).	Die hier vorgeschlagene zusätzliche Veröffentlichung von nicht bezuschlagten mFRR Geboten, die in anderen europäischen Ländern bereits üblich ist, soll den Marktteilgeilgten – auch denen, die nicht am Regelerenergiemarkt teilnehmen – eine bessere Einschätzung der Marktsituation ermöglichen. Da die nicht bezuschlagten Angebote aus dem Regelarbeitsmarkt danach am Intraday-Markt vermarktet werden können, können Sie die Angebotsseite im Intraday-Markt beeinflussen. Somit ist diese Information zur Markteinschätzung wichtig. Wichtig ist zudem, dass die Information über den Zuschlag im Regelarbeitsmarkt und die Information über die Merit-Order der Regelarbeit (einschließlich der freigesetzten nicht-bezuschlagten Angebote) für den Gesamtmarkt nach § 37 zeitgleich erfolgt. Anderenfalls droht eine Informationsasymmetrie zugunsten großer Regelleistungs- bzw. Regelarbeitsanbieter, die durch eine Spreizung ihrer Angebote eine gute Abschätzung der derzeitigen Marktsituation im Moment der Zuschlagsmitteilung erhalten können. Dies können kleinere Anbieter nicht. Die Informationsasymmetrie kann nur durch eine zeitgleiche Veröffentlichung der Ergebnisse behoben werden. Im vorliegenden Vorschlag erfolgt die Mitteilung für den Gesamtmarkt spätestens 30 Minuten nach Gate-Closure-Time, während die Anbieter nach §38 (8) diese Information bereits spätestens nach 15 Minuten erhalten. Beide Zeitpunkte sollten gleichlaufend auf spätestens 15 Minuten nach GCT gesetzt werden und zudem sollten die Informationen zeitgleich erfolgen.	Bundesverband Neue Energiewirtschaft e.V.
§37	Abs.1	d	Der Bedarf gemäß Abs. (1) Buchstabe a) wird initial zum Gate Open des Regelleistungsmarktes und final am Vortag des Gate Closure des Regelleistungsmarktes veröffentlicht. Der finale Bedarf aus dem Regelleistungsmarkt entspricht dem Bedarf des entsprechenden Produktes am Regelarbeitsmarkt. Etwaige Anpassungen gemäß § 38 Abs. 8 lit a), b) und c) werden bis spätestens 4 Stunden vor Produktbeginn veröffentlicht.	Der finale Bedarf aus dem Regelleistungsmarkt im Fall, dass eine Anpassungen gemäß § 38 Abs. 8 lit a) und b) erfolgte, sollte spätestens 4 Stunden vor Produktbeginn veröffentlicht. Der Bedarf ist eine wesentliche Größe bei der Bildung der Gebote. Daher sollte dem Regelleistungsanbieter ausreichend Zeit zur Verfügung gestellt werden, um seine Gebote anpassen zu können. Die gegenwertige Frist von 2 Stunden vor Produktbeginn, die effektiv nur eine Stunde es dem Regelleistungsanbieter ermöglicht seine Gebote zu ändern, ist unzureichend. Eine nochmalige Kalkulation, Anpassung und Übermittlung der Gebote ist in dieser einen Stunde mit der erforderlichen Gewissenhaftigkeit nicht möglich. Daher sollte spätestens 4 Stunden vor Produktbeginn eine etwaige Veröffentlichung erfolgen.	Uniper

§38			<p>Die Regelleistungsauktion zielt darauf ab, den ÜNBs im Regelarbeitsmarkt ausreichend Regelarbeit ver-fügar zu machen. So werden die ÜNBs zuverlässig in die Lage versetzt, das System zu jedem Zeitpunkt auszugleichen. Um die Dimensionierung der Regelleistung so effizient wie möglich zu gestalten, wird in den Modalitäten nun vorgeschlagen, dass diese durch die ÜNBs bis D-2 angepasst werden kann. Das ist sinnvoll.</p> <p>Die zur Konsultation stehenden Modalitäten sehen auch vor, dass die ÜNBs kurzfristig im Regelarbeits-markt mehr Regelarbeit bezuschlagen dürfen, als zuvor als Regelleistung kontrahiert worden war. Hier-für werden eine Reihe von Szenarien angegeben, die so allgemein gehalten sind, dass den ÜNBs diese Option in der Praxis jederzeit offenstehen würde.</p> <p>Der BDEW lehnt die vorgeschlagene kurzfristige Erhöhung der Dimensionierung für Regelarbeit ab. Diese Möglichkeit sollte aus dem Dokument entfernt werden, denn sie wäre nur dann relevant, wenn zuvor die Dimensionierung der Regelleistung unter dem tatsächlichen Bedarf gelegen hätte. Dies muss aber von den ÜNBs vermieden werden, da eine Deckung des Bedarfs an Regelarbeit nur dann sicher gewährleistet werden kann, wenn zuvor dementsprechend Regelleistung kontrahiert worden ist.</p> <p>Weniger Regelarbeit zu bezuschlagen, als in der Regelleistungsauktion kontrahiert worden war, sollte den ÜNBs allerdings gestattet sein. Denn so kann vermieden werden, dass das Regelennergiesystem über den Bedarf hinaus Flexibilitäten bindet. Jede kurzfristige Anpassung der Dimensionierung für Regelarbeit (Reduzierung/Erhöhung) muss zwingend vor der Gate Closure Time an die Anbieter kommuniziert werden.</p>		BDEW
§38			<p>Timeline zur Implementierung der europäischen Plattformen MARI und PICASSO</p> <p>Der BDEW begrüßt, dass die ÜNB die Modalitäten mit ausreichend Vorlaufzeit an das Zielmodell für MARI und PICASSO anpassen möchten.</p> <p>Die ÜNB schlagen im Konsultationsdokument vor, das Zielmodell für MRL und SRL (Produktdauer 15 Minuten, Marginal Pricing etc.) frühestens zum 01.02.2022 und nicht später als zum 24.07.2022 einzu-führen. Damit weichen die ÜNBs vom zuvor konsultierten Zeitplan ab. Der BDEW hatte sich in der Kon-sultation der ÜNBs für eine Implementierung noch in diesem Jahr (circa KW47) ausgesprochen.</p> <p>Ein früheres Implementierungsdatum hätte den Vorteil, dass noch ausreichend Zeit bis zur rechtlich bindenden Deadline wäre, die als Puffer genutzt werden könnte. Eine Umsetzung erst zur rechtlichen Deadline wäre aus diesem Grund risikobehaftet. Voraussetzung für ein „Go-Live“ der Plattformen muss ein solides und getestetes System sein und die Marktteilnehmer müssen frühzeitig über das genaue Implementierungsdatum in Kenntnis gesetzt werden.</p> <p>Voraussetzung für die Einführung der Plattformen ist, dass den Marktteilnehmern genügend Zeit für die Vorbereitung der IT-Systeme gewährt wird. Das bedeutet unter anderem, dass mindestens sechs Monate vor Produktivsetzung die ÜNB die Schnittstellendefinitionen zur Verfügung stellen. Mindest-tens drei Monate vor Produktivsetzung sollten die ÜNB dann ein hinreichend umfangreiches Testsys-tem zur Verfügung stellen, in der die Performanz der Algorithmen und Systeme getestet und geprüft werden kann. Eine weitere Grundvoraussetzung ist, dass die Systeme reibungsfrei funktionieren. Soll-ten diese Voraussetzungen nicht gewährleistet sein, sollte das Einführungsdatum nach hinten verschoben werden. Der BDEW rät dringend davon ab an Implementierungsdaten festzuhalten, wenn der rei-bungsfreie Ablauf der Prozesse nicht gewährleistet werden kann.</p> <p>Der BDEW schlägt zudem vor, Fallback-Szenarien zu konstruieren und im Vorfeld zu kommunizieren, wann diese zur Anwendung kommen, wenn bestimmte Implementierungsschritte nicht eingeführt werden können oder es zu Verzögerungen kommt.</p> <p>In den Modalitäten wurde mit dem Beschluss der BNetzA (BK6-20-370) die Preisobergrenze von 9.999EUR/MWh in § 38 Abs. 4 lit. i eingeführt. Mit der vorliegenden Konsultation sollen die Modaltä-ten für Regelreserveanbieter an das Zielmarktdesign für MARI und PICASSO angepasst werden, würden in diesem Punkt aber einen klaren Widerspruch aufweisen.</p> <p>Der BDEW schlägt vor zu prüfen, wie die Ausgestaltung der nationalen Modalitäten mit den von ACER gefällten Beschlüssen im Einklang ist. Eine Situation, in der für deutsche Marktteilnehmer auf den eu-ropäischen Plattformen eine andere Preisobergrenze gilt als für andere Marktteilnehmer, gilt es zu ver-meiden.</p>		BDEW
§38	Abs.3	e	<p>§38(3) (e)</p> <p>„Der Aktivierungstyp kann zwischen „Direkt-“ und „Fahrplanaktivierbar“ gemäß Art. 7 des mFRR IF ge-wählt werden, wobei alle Gebote vom Typ „Direktaktivierbar“ auch Fahrplan-aktivierbar sind. Gebote die aufgrund von Zuschlägen am Regelleistungsmarkt verpflichtend abzugeben sind, sind grundsätzlich vom Typ „Direktaktivierbar““</p> <p>Es ist nicht klar, welche Änderungen der mFRR gemeinsam mit dem Start von PICASSO und welche erst zur Einführung von MARI erfolgen sollen. Entsprechend dem Begleitdokument sollen Verlinkungen zwi-schen Geboten erst mit dem Start von MARI erfolgen. Um Gebote für zwei aufeinanderfolgende Vier-telstunden zu erstellen ist dies aber zwingend erforderlich, da die angebotene Leistung für Viertel-stunde 2 im Falle einer Direktaktivierung in Viertelstunde 1 durch eine technische Verlinkung reduziert werden muss.</p>		BDEW
§38	Abs.3	g	<p>„Gebote können über zwei aufeinanderfolgende Viertelstunden technisch verlinkt werden.“</p> <p>Über eine technische Verlinkung soll (mit dem Start von MARI) ein Gebot abhängig von einer Direktak-tivierung in der vorangehenden Viertelstunde zurückgezogen werden. Selbst nach dem spätestmög-lichen Zeitpunkt der Zuschläge für Viertelstunde 2 (10 Minuten vor Beginn von Viertelstunde 2) kann noch eine Direktaktivierung von Geboten für Viertelstunde 1 erfolgen und damit eigentlich die techni-sche Verlinkung auslösen. Hier ist eine Erklärung notwendig, wie die Wechselwirkungen von Direktakti-vierungen über technische Verlinkungen gelöst werden sollen.</p>		BDEW
§38	Abs.3	g	<p>Anmerkung zur Vorgabe: „Gebote können über zwei aufeinanderfolgende Viertelstunden technisch verlinkt werden.“</p> <p>Dem Zeitplan für die Einführung der technischen Verlinkung, wonach eine solche Verlinkung zwischen Geboten erst mit dem Start von MARI erfolgen soll, stimmen wir nicht zu.</p>	<p>Um Gebote für zwei aufeinanderfolgende Viertelstunden zu erstellen ist eine Verlinkung aber zwingend erforderlich, da die angebotene Leistung für Viertelstunde 2 im Falle einer Direktaktivierung in Viertelstunde 1 durch eine technische Verlinkung reduziert werden muss.</p> <p>Eine solche technische Verlinkung ist aus Marktsicht zwingend erforderlich, da dadurch ein Gebot abhängig von einer Direktaktivierung in der vorangehenden Viertelstunde zurückgezogen werden kann.</p> <p>Beispiel: 8:05 GCT 30_45 Bid 1 8:20 GCT 45_00 Bid 2, techn. Link an Bid 1 8:23 DA Bid 1 30_45 u. 45_00 <- verhindert Aktivierung von Bid 2 in 45_00</p>	EnBW Energie Baden-Württemberg AG
§38	Abs.3	h	<p>§38 (3) (h)</p> <p>„Gebote können über bis zu drei aufeinanderfolgende Viertelstunden konditional verlinkt werden.“</p> <p>Das mFRR-IF liefert hierfür keine Grundlage, daher sollte dieser Absatz gestrichen werden.</p>		BDEW
§38	Abs.3	h	<p>Aus unserer Sicht bietet die mFRR-IF keine Grundlage für diesen Ansatz einer solchen Verlinkungsmöglichkeiten.</p>	<p>Die Ausführungen in §38(3)(g) sind ausreichend. Mit zusätzlicher Komplexität in der Gebotsstruktur wird das Clearing nur noch weitere verzögert und die ohnehin schon knappe Zeit nach der Zuschlagsmittlung bis zur Lieferung reduziert.</p>	EnBW Energie Baden-Württemberg AG
§38	Abs.4	i		<p>Es ist unklar, ob die Festlegung BK6-20-370 hier weiter erhalten bleibt, dazu wäre eine zusätzliche Information sehr willkommen. Aus Sicht des bne wird die Einführung der Plattformen MARI und PICASSO die derzeit bestehenden Probleme im Regelarbeitsmarkt nicht wesentlich verbessern. Durch die derzeit von den Übertragungsnetzbetreibern konsultierte Anpassung der Bestimmung des AEP-1 ist sogar zu befürchten, dass die Ausgleichsenergiepreise nochmals deutlich ansteigen. Es sollte deshalb rechtzeitig geprüft werden, ob hier weitere Maßnahmen notwendig sind, um unangemessen hohe Ausgleichsenergiepreise zu verhindern.</p>	Bundesverband Neue Energiewirtschaft e.V.
§38	Abs.4	i	<p>“9,999“ mit “99,999“ ersetzen</p>	<p>Am 8.1.2021 wurde der Markt per E-Mail von den ÜNBs informiert, dass im Rahmen der Umsetzung des BNetzA-Beschlusses BK6-20-370 ab dem 19.1.2021 die Preisobergrenze von €99,999 auf €9,999 heruntergesetzt wird. Weder zum BNetzA-Beschluss, noch zur Implementierung selbst wurden betroffene Unternehmen angehört.</p> <p>Damit weicht Deutschland unilateral und im Widerspruch zu einem ACER Beschluss (Decision No 01/2020 of 24 January 2020 on the methodology to determine prices for the balancing energy that results from the activation of balancing energy bids) vom europäischen Zielmodell ab. Auch die EU-Strombinnenmarktverordnung sieht keine derartigen kommerziellen Preisobergrenzen vor (technische Aspekte schienen bei der Festsetzung dieser Preisobergrenze keine Rolle zu spielen). In der Praxis würde das bedeuten, dass für deutsche Marktteilnehmer auf den PICASSO und MARI Plattformen eine niedrigere Preisobergrenze gelten würde als für alle anderen Marktteilnehmer. Diese Andersbehandlung gilt es dringend zu vermeiden. EFET ist grundsätzlich der Meinung, dass die Preisbildung nicht durch regulatorisch festgesetzte Preisobergrenzen eingeschränkt werden sollte.</p> <p>Die Modalitäten sollten spätestens mit der Einführung der Plattformen in Einklang mit der ACER Entscheidung gebracht werden. Die Beschlusskammer sollte die Übertragungsnetzbetreiber daher auffordern, einen entsprechenden Vorschlag zur Anpassung der Preisgrenze auf 99.999 EUR/MWh zu unterbreiten.</p>	EFET Deutschland

§38	Abs.4	i	Anpassung von "€9.999" zu "€99.999"	Zwar werden die Regelungen in § 38 (4) (i) zur Bestimmung von Preisober- und -untergrenzen im aktuellen Vorschlag nicht konsultiert. Mit Beschluss BK6-20-370 vom 16.12.2020 hat die Bundesnetzagentur allerdings die Preisgrenze nach § 38 (4) (i) in Höhe von 9.999EUR/MWh eingeführt. Diese steht im Widerspruch zu der entsprechenden Entscheidung von ACER (Nr. 01/2020) hinsichtlich der Voraussetzungen für die Teilnahme an den MARI/Picasso Plattformen, wonach verbindlich beschlossenen Preisgrenze von +/- 99.999 EUR/MWh gelten. Somit widerspricht die aktuelle Regelung dem Grundsatz, die Vorgaben für Regeleriserveanbieter an das EU-weite harmonisierte Zielmarktdesign von MARI und PICASSO anzupassen. § 38 (4) (i) ist spätestens mit dem Beitritt zu den genannten Plattformen entsprechend anzupassen.	EnBW Energie Baden-Württemberg AG
§38	Abs.4	i	"9,999" mit "99,999" ersetzen	Am 8.1.2021 wurde der Markt per E-Mail von den ÜNBs informiert, dass im Rahmen der Umsetzung des BNetzA-Beschlusses BK6-20-370 ab dem 19.1.2021 die Preisobergrenze von €99,999 auf €9,999 heruntergesetzt wird. Weder zum BNetzA-Beschluss, noch zur Implementierung selbst wurden betroffene Unternehmen angehört. Damit weicht Deutschland unilateral und im Widerspruch zu einem ACER Beschluss (Decision No 01/2020 of 24 January 2020 on the methodology to determine prices for the balancing energy that results from the activation of balancing energy bids) vom europäischen Ziellmodell ab. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass eine Preisobergrenze auf diesem Niveau keine technische, sondern eine kommerzielle Preisobergrenze darstellt und mit der Europäischen Stromverordnung nicht vereinbar ist. Auch sieht es die "European Balancing Guideline" nicht vor, dass einzelne Regulierer die Modalitäten initiativ ändern. In der Praxis würde das bedeuten, dass für deutsche Marktteilnehmer auf den PICASSO und MARI Plattformen eine niedrigere Preisobergrenze gelten würde als für alle anderen Marktteilnehmer. Diese Andersbehandlung halten wir für nicht begründbar. Eine solche Preisobergrenze ist auch deshalb nicht sachgerecht, da sie den Wettbewerb auf den Plattformen einschränkt, anstatt ihn anzureizen. Die Modalitäten sollten schnellstmöglich, aber spätestens mit der Einführung der Plattformen, in Einklang mit der ACER Entscheidung gebracht werden.	RWE Supply & Trading GmbH
§38	Abs.4	i	Arbeitspreis in €/MWh bis zur Höhe der technischen Preisobergrenze von 99.999,99 €/MWh, mit den im Angebotsformular angegebenen Nachkommastellen	Die konsultierten Änderungen der Modalitäten betreffen nicht die Regelung in § 38 Abs. 4 lit. i der MRRA, die eine Preisober- und -untergrenze bestimmt. Da die Übertragungsnetzbetreiber den vorliegenden Vorschlag unterbreitet haben, um die MRRA in weiteren Punkten an die unionsrechtlichen Vorgaben anzupassen, erinnern wir daran, dass die Bundesnetzagentur am 16.12.2020, und damit zeitlich nach der am 13.12.2020 beendeten Konsultation des hier in Rede stehenden Vorschlags der Übertragungsnetzbetreiber, die Preisgrenze in § 38 Abs. 4 lit. i der MRRA auf 9.999,99 EUR/MWh abgesenkt hat. Damit steht die Regelung nun in inhaltlichem Widerspruch zu der durch ACER mit der Entscheidung No 01/2020 v. 24. Januar 2020 bereits verbindlich beschlossenen Preisgrenze von +/- 99.999 EUR/MWh. Diese höhere Preisgrenze muss daher mit dem Beitritt Deutschlands zu MARI und PICASSO Anwendung finden. Wir gehen daher davon aus, dass die Übertragungsnetzbetreiber die Preisgrenze spätestens mit dem Beitritt zu MARI und PICASSO entsprechend anpassen werden, § 38 Abs. 4 lit. i der MRRA in seiner jetzigen Fassung also keine Anwendung mehr finden bzw. entsprechend angepasst werden wird. Wegen des Geltungsvorrangs der ACER-Entscheidung ist die Anwendung der höheren Preisgrenze mit dem Beitritt zu MARIE und PICASSO zwingend. Sollte nach Auffassung der Beschlusskammer hierzu eine von der Beschlusskammer zu genehmigende Anpassung des § 38 Abs. 4 lit. i der MRRA erforderlich sein, müsste eine (erneute) Anpassung der zu erhöhenden Preisobergrenze im Rahmen dieses Änderungsverfahrens oder die Rücknahme des Beschlusses über die Herabsetzung der Preisgrenze vom 16.12.2020 erfolgen. Aus Sicht der UNIPER ist eine klare Positionierung der Beschlusskammer zu dieser Frage im Rahmen der Begründung des Genehmigungsbeschlusses vor dem Hintergrund der marktlichen Bedeutung auf Seite der Regeleriserveanbieter im Sinne der Transparenz des Zielmarktdesigns zwingend erforderlich. Ergänzend weisen wir darauf hin, dass bereits vor dem Beitritt zu MARI und PICASSO eine Anpassung von § 38 Abs. 4 lit. i der MRRA erfolgen muss, denn die aktuelle geltende Preisobergrenze verstößt gegen die Vorgaben des EU-Rechts. Ausweislich Art. 10 Abs. 1 Satz 1 und 2 VO (EU) 2019/943 vom 05. Juni 2019 existiert für Regelarbeit und Ausgleichspreise „weder eine Obergrenze noch eine Untergrenze“. Die Entwicklung der Regelarbeitspreise folgt dem Grundsatz der freien Preisbildung, d.h. ihre Höhe bestimmt der Wettbewerb nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage. Die Festlegung einer regulierenden Preisgrenze, die die Preisbildung nach dem vorgenannten Prinzip deckelt, ist daher rechtswidrig. Zulässig sind lediglich technische Preisgrenzen i.S.d. Art. 10 Abs. 1 Satz 2 2. HS VO (EU) 2019/943, die systemisch erforderlich sind um elektronische Gebotsabgaben zu ermöglichen, ohne jedoch die Bildung von Regeleriservepreisen nach den vorgenannten Regeln zu limitieren. Dies entspricht auch dem Verständnis der ACER, die in Art. 3 Abs. 3 der „ACER Decision on the methodology for pricing balancing: Annex 1“ (vgl. Annex 1 zur ACER Entscheidung No 01/2020 v. 24. Januar 2020) für die Gebote auf alle Regeleriserveprodukte eine – wie in der Begründung ausführlich betont wird rein technische – Preisgrenze in Höhe von 99.999 EUR/MWh verbindlich festgelegt hat. Die Beschlusskammer sollte die Übertragungsnetzbetreiber daher auffordern, einen entsprechenden Vorschlag zur Anpassung der Preisgrenze auf 99.999 EUR/MWh zu unterbreiten.	Uniper
§38	Abs.8		„Die Freisetzung erfolgt so schnell wie möglich in der Regel spätestens 15 Minuten nach dem Zeitpunkt der Schließung des Regelarbeitsmarkts.“ Der Vorschlag der ÜNB sieht eine Veröffentlichung der Bezuschlagungsinformationen so schnell wie möglich innerhalb von 15 Minuten vor. Dies ist vor allem auf die Möglichkeit zur Einstellung von komplexen oder verlinkten Geboten in der MRL zurückzuführen. Der BDEW hat die Einführung solcher Gebote mehrfach abgelehnt. Diese führen im Ergebnis zu Intransparenz der Marktergebnisse, paradoxen Zuschlägen und unklaren resultierenden Preissignalen. Darüber hinaus wird die Vergabe der Zuschläge unnötig verzögert, was bei den ohnehin schon schwer zu bewältigenden Prozessen nicht akzeptabel ist. Deutsche Marktteilnehmer sollten keinen Nachteil aus Produkten erleiden, die v. a. für Regeleriserveanbieter mit einem „unit-based-bidding-system“ entwickelt wurden. Marktteilnehmern bleiben mit dem Vorschlag zur Verarbeitung der Ergebnisse und der Abstimmung mit Partnern nur 10 Minuten bis zum Beginn der Imbalance Settlement Period (ISP). Für MRL wären das dann konkret 2,5 Minuten bis zum Beginn der Fahrplanaktivierung. Der BDEW schlägt daher eine Verkürzung der Bereitstellungszeit auf Seiten der ÜNB von maximal 5 Minuten vor. Die Frist, die sich die ÜNB für die Kommunikation von (Nicht-)Zuschlägen reservieren, ist nicht nachvollziehbar. Die Ermittlung der Zuschläge ist gleichbedeutend mit der Übermittlung der Zuschläge an die gemeinsame Merit Order Liste (CMOL). Hierfür sollte lediglich die Sortierung der Gebote nach Arbeitspreis notwendig sein. Wenn das nicht in wenigen Sekunden möglich ist, sind verschiedene Ansätze zur Beschleunigung möglich, z. B. Berechnung vorläufiger Zuschläge vor GCT. Insbesondere für aFRR ohne komplexe Gebotsstrukturen sollte eine schnelle Bezuschlagung möglich sein. Um eine Abwicklung von viertelstündlichen Produkten (ggf. inkl. Abstimmung über mehrere Partner) zu ermöglichen, ist es zwingend erforderlich, dass die Zuschläge so schnell wie möglich bei den Anbietern vorliegen. Von der Vorbereitungszeit der Anbieter bis zur Lieferviertelstunde müssen außerdem noch 5 Minuten für den vorausseilenden Arbeitspunkt abgezogen werden. Bei aFRR verbleiben also mit der angestrebten Frist gerade einmal 5 Minuten, um die Zuschläge in die Systeme einzuholen und gemäß den Vorgaben der PQ-Bedingungen auf die erbringenden Anlagen zu verteilen. Es ist unklar, ob eine ähnliche Verpflichtung, wie der um 5 Minuten vorausseilende Arbeitspunkt, in anderen europäischen Systemen zum Einsatz kommt. Auch vor diesem Hintergrund regt der BDEW an, eine Änderung des Arbeitspunktes zumindest zum Produktwechsel mit geringerer Vorlaufzeit zu ermöglichen. Das mFRR-IF sieht eine Frist von 12 Minuten vor der Lieferviertelstunde für die TSO energy bid submission gate closure time vor und das aFRR-IF entsprechend 10 Minuten, beides jeweils in Artikel 9(1). Diese Frist wurde in der Kommunikation der IFs auch auf die Zuschlaginformation für Anbieter bezogen. Für aFRR ist dies in den Modalitäten auch der Fall. Für mFRR müsste allerdings die Information über Freisetzung bzw. Zuschlag von Geboten spätestens 12 Minuten vor Beginn der Lieferviertelstunde erfolgen. Andernfalls bleiben lediglich 2,5 Minuten bis zur Aktivierung von SA-mFRR.	BDEW	

§38	Abs.8		Anmerkung zur Vorgabe: „Die Freisetzung erfolgt so schnell wie möglich in der Regel spätestens 15 Minuten nach dem Zeitpunkt der Schließung des Regelarbeitsmarkts.“ Falls die Ermittlung der Zuschläge nicht in wenigen Sekunden möglich sein sollte, sind aus unserer Sicht entsprechende Maßnahmen zur Beschleunigung zu ergreifen. Eine Möglichkeit wäre, die Vielfalt für komplexe Gebote zu reduzieren, wenn diese einen besonders nachteiligen Effekt auf die Laufzeit des Auktionsalgorithmus haben.	Die vorgeschlagene Regelung führt zu erheblichen operativen Schwierigkeiten bei den Regelernergieanbietern. Ihnen bleiben mit dem Vorschlag zur Verarbeitung der Ergebnisse und der Abstimmung mit Partnern nur 10 Minuten bis zum Beginn der Aktivierungs Viertelstunde. Für MRL wären dies dann 2,5 Minuten bis zum Beginn der Fahrplanaktivierung. Von der Vorbereitungszeit der Anbieter bis zur Lieferviertelstunde müssen außerdem zusätzlich 5 Minuten für den vorausseilenden Arbeitspunkt abgezogen werden. Bei aFRR verbleiben also mit der angestrebten Frist gerade einmal 5 Minuten, um die Zuschläge in die Systeme einzuholen und gemäß den Vorgaben der PQ-Bedingungen auf die erbringenden Anlagen zu verteilen. Es ist unklar, ob eine ähnliche Verpflichtung wie der um 5 Minuten vorausseilende Arbeitspunkt in anderen europäischen Systemen zum Einsatz kommt. Auch vor diesem Hintergrund regen wir an, eine Änderung des Arbeitspunktes mit geringerer Vorlaufzeit zu ermöglichen. Das mFRR-IF sieht eine Frist von 12 Minuten vor der Lieferviertelstunde für die ÜNB energy bid sub-mission gate closure time vor und das aFRR-IF entsprechend 10 Minuten (beides jeweils in Artikel 9(1)). Diese Frist wurde in der Kommunikation der IFs auch auf die Zuschlagsinformation für Anbieter bezogen. Für aFRR ist dies in den Modalitäten auch der Fall, für mFRR müsste allerdings die Information über Freisetzung bzw. Zuschlag von Geboten spätestens 12 Minuten vor Beginn der Lieferviertelstunde erfolgen. Andernfalls bleiben lediglich 2,5 Minuten bis zur Aktivierung von SA-mFRR.	EnBW Energie Baden-Württemberg AG
§38	Abs.8		Anmerkung zu § 38(8) iVm § 28 (dynamische Dimensionierung von Regelleistung und Regelarbeit)	Aus Effizienzgründen soll die Dimensionierung der Regelleistung durch die ÜNB bis D-2 angepasst werden kann. Diesen Ansatz unterstützen wir grundsätzlich. Ebenso wird vorgeschlagen, dass die ÜNB kurzfristig im Regelarbeitsmarkt mehr Regelarbeit bezuschlagen dürfen, als zuvor als Regelleistung kontrahiert wurde. Eine kurzfristige Erhöhung der Dimensionierung für Regelarbeit ziehen wir zwar dem Einsatz von Zusatzmaßnahmen vor. Dennoch darf diese kurzfristige Erhöhung nur in Ausnahmefällen zum Einsatz kommen, da sonst die Dimensionierung der Regelleistung untergraben wird. Diese Einzelfälle sind gegenüber der BNetzA im Nachgang zu begründen. Weniger Regelarbeit zu bezuschlagen als in der Regelleistungsauktion kontrahiert worden war, sollte den ÜNBs allerdings gestattet sein. Denn so kann vermieden werden, dass das Regelenergiesystem über den Bedarf hinaus Flexibilitäten bindet. Grundsätzlich muss jede kurzfristige Anpassung der Dimensionierung für Regelarbeit (Reduzierung/Erhöhung) zwingend vor der Gate Closure Time an die Anbieter kommuniziert werden.	EnBW Energie Baden-Württemberg AG
§38	Abs.8		Satz 4: "... so schnell wie möglich, spätestens aber fünf Minuten nach dem Zeitpunkt der Schließung des RAM (Vergabefrist)."	Es ist unzumutbar und technisch nicht nachvollziehbar, nur zehn Minuten vor dem Beginn der betreffenden Viertelstunde und nur 2,5 min vor einer möglichen MRL-Fahrplanaktivierung zu erfahren, welche Gebote zugeschlagen und welche freigesetzt wurden. Das würde den technischen Aufwand auf unserer Seite noch weiter erhöhen, eine zuverlässige maschinelle Verarbeitung bis zum Import der Daten in das Leitsystem zu gewährleisten. Vielmehr erwarten wir, wenigstens 12,5 Minuten für die Datenverarbeitung und den eventuellen Intradayhandel freigesetzter Flexibilität zu erhalten. Andernfalls droht eine signifikante Reduzierung der Liquidität durch Fokussierung der Anbieter auf den Intradayhandel. Sollten die komplexen Gebote auf MARL die Datenverarbeitung seitens der ÜNB derart in die Länge ziehen, müsste deren Einführung so lange verschoben werden, bis die ÜNB eine technische Lösung gefunden haben.	Trianel GmbH, Regelereserveanbieter
§38	Abs.8		Satz 7 lit. b): streichen	Dieser Fall darf nicht eintreten, der Zweck des Regelleistungsmarkt soll unverändert bleiben, nämlich für die verbindliche Verfügbarkeit immer ausreichender Regelarbeit zu sorgen. Jede auf Eintrittswahrscheinlichkeiten basierende Prognose ist unverzichtbar mit einem gewissen Risikoaufschlag verknüpft. Die im Rahmen dieser Konsultation geplante Verkürzung der Vorlaufzeit der Regelleistungsdimensionierung wird bereits zu einer Verminderung des bestehenden Risikoaufschlags führen. Diesen Aufschlag noch weiter zu senken in der Hoffnung, dadurch verursacht fehlende Regelleistung im Regelarbeitsmarkt nachträglich zu kontrahieren, wäre ein Systemfehler. Die Argumentation der ÜNB in ihrer diesbezüglichen Begründung (S. 6, 2. Absatz) stellt diese Verhältnisse dagegen auf den Kopf.	Trianel GmbH, Regelereserveanbieter
§38	Abs.8		Satz 7 lit. e): streichen	Dieser Fall darf nicht eintreten. Sollte er unvermeidbar sein, müsste auf komplexe oder verlinkte Gebote für mFRR-Arbeit verzichtet werden.	Trianel GmbH, Regelereserveanbieter
§38	Abs.8	b	löschen	Die uneingeschränkte Möglichkeit, den Bedarf an Regelarbeit anzupassen, führt zu einem Anreiz von vorneherein zu wenig Regelleistung auszuscheiden. Dass die Regelarbeit dann wirklich verfügbar wäre und wie im Erläuterungsdokument dargestellt eine wirtschaftlich vernünftige Lösung darstellt, zweifeln wir an. Sollte an dieser Regelung dennoch festgehalten werden, wünschen wir uns Transparenz darüber, wann mehr Regelarbeit abgerufen wurde als zuvor kontrahiert worden war. Diese Anforderung sollte dann in den Modalitäten verankert werden.	EFET Deutschland
§38	Abs.8	b	Löschen	Die uneingeschränkte Möglichkeit, den Bedarf an Regelarbeit anzupassen, führt zu einem Anreiz von vorneherein zu wenig Regelleistung auszuscheiden. Dass die Regelarbeit dann wirklich verfügbar wäre und wie im Erläuterungsdokument dargestellt eine wirtschaftlich vernünftige Lösung darstellt, zweifeln wir an. Sollte an dieser Regelung dennoch festgehalten werden, wünschen wir uns Transparenz darüber, wann mehr Regelarbeit abgerufen wurde als zuvor kontrahiert worden war. Diese Anforderung sollte dann in den Modalitäten verankert werden.	RWE Supply & Trading GmbH
§38	Abs.8	c	löschen	Die uneingeschränkte Möglichkeit, den Bedarf an Regelarbeit anzupassen, führt zu einem Anreiz von vorneherein zu wenig Regelleistung auszuscheiden. Dass die Regelarbeit dann wirklich verfügbar wäre und wie im Erläuterungsdokument dargestellt eine wirtschaftlich vernünftige Lösung darstellt, zweifeln wir an. Sollte an dieser Regelung dennoch festgehalten werden, wünschen wir uns Transparenz darüber, wann mehr Regelarbeit abgerufen wurde als zuvor kontrahiert worden war. Diese Anforderung sollte dann in den Modalitäten verankert werden.	EFET Deutschland
§38	Abs.8	c	Löschen	Die uneingeschränkte Möglichkeit, den Bedarf an Regelarbeit anzupassen, führt zu einem Anreiz von vorneherein zu wenig Regelleistung auszuscheiden. Dass die Regelarbeit dann wirklich verfügbar wäre und wie im Erläuterungsdokument dargestellt eine wirtschaftlich vernünftige Lösung darstellt, zweifeln wir an. Sollte an dieser Regelung dennoch festgehalten werden, wünschen wir uns Transparenz darüber, wann mehr Regelarbeit abgerufen wurde als zuvor kontrahiert worden war. Diese Anforderung sollte dann in den Modalitäten verankert werden.	RWE Supply & Trading GmbH
§38	Abs.8	d	"in der jeweils anderen Regelreserveart der FRR im selben Produkt die Angebotsleistung unterhalb der dimensionierten Leistung liegt und ein Defizit einer Regelreserve durch eine Mehrbeschaffung bei der anderen Regelreserve verhindert oder reduziert werden kann (Substitution) oder" [Die Worte "des Bedarfs" mit den Worten "der dimensionierten Leistung" ersetzen]	Die uneingeschränkte Möglichkeit, den Bedarf an Regelarbeit anzupassen, führt zu einem Anreiz von vorneherein zu wenig Regelleistung auszuscheiden. Dass die Regelarbeit dann wirklich verfügbar wäre und wie im Erläuterungsdokument dargestellt eine wirtschaftlich vernünftige Lösung darstellt, zweifeln wir an. Es sollte zumindest geändert werden, dass die Information über einen höheren Bedarf bereits 4 Stunden vor Produktbeginn veröffentlicht bzw. bekannt gegeben wird, damit der RAM-Anbieter eine Chance hat diese Information zu verarbeiten. Sollte die angebotene Regelarbeit in einem Produkt nicht im Umfang der dazugehörigen kontrahierten Leistung angeboten werden, wäre eine solche Substitution hingegen legitim. In jedem Fall wünschen wir uns Transparenz darüber, wann mehr Regelarbeit abgerufen wurde als zuvor kontrahiert worden war. Diese Anforderung sollte dann in den Modalitäten verankert werden.	EFET Deutschland
§38	Abs.8	d	"in der jeweils anderen Regelreserveart der FRR im selben Produkt die Angebotsleistung unterhalb der dimensionierten Leistung liegt und ein Defizit einer Regelreserve durch eine Mehrbeschaffung bei der anderen Regelreserve verhindert oder reduziert werden kann (Substitution) oder" [Die Worte "des Bedarfs" mit den Worten "der dimensionierten Leistung" ersetzen]	Die uneingeschränkte Möglichkeit, den Bedarf an Regelarbeit anzupassen, führt zu einem Anreiz von vorneherein zu wenig Regelleistung auszuscheiden. Dass die Regelarbeit dann wirklich verfügbar wäre und wie im Erläuterungsdokument dargestellt eine wirtschaftlich vernünftige Lösung darstellt, zweifeln wir an. Sollte die angebotene Regelarbeit in einem Produkt nicht im Umfang der dazugehörigen kontrahierten Leistung angeboten werden, wäre eine solche Substitution hingegen legitim. In jedem Fall wünschen wir uns Transparenz darüber, wann mehr Regelarbeit abgerufen wurde als zuvor kontrahiert worden war. Diese Anforderung sollte dann in den Modalitäten verankert werden.	RWE Supply & Trading GmbH

Allgemeines		<p>Der BDEW bedankt sich bei der Bundesnetzagentur (BNetzA) für die Möglichkeit, zu ihrem Vorschlag zur Anpassung der Modalitäten für Regelreserveanbieter an das europäische Zielmodell Stellung nehmen zu können. Da der zur Konsultation stehende Vorschlag ein Vorschlag der ÜNB ist, haben sich die im BDEW vertretenen ÜNB bei der Erstellung der Stellungnahme enthalten.</p> <p>Der Regelleenergiemarkt unterliegt seit mehreren Jahren erheblichen Veränderungen, welche vor allem auf die Umsetzung der Electricity Balancing Guideline (EBGL) zurückzuführen sind, aber auch auf zahl-reiche ad-hoc Anpassungen auf nationaler Ebene. Die Umsetzung der EBGL ist mit der Ausgestaltung des deutschen Regelleenergiemarkts nur schwer vereinbar. Die Trennung von Regelleistung und Regelar-beit und die Wahl der Gate Closure Time (GCT) mit 25 Minuten vor Echtzeit für SRL (aFRR) und MRL (mFRR) seien hier beispielsweise genannt und wurden in vorangegangenen Stellungnahmen ausführ-lich erläutert.</p> <p>Dementsprechend ist die Einführung des Zielmarktmodells auf Seiten der ÜNB und Marktteilnehmer mit erheblichem Aufwand verbunden. Mit dem Regelarbeitsmarkt auf nationaler Ebene wurde ein Teil des Zielmodells bereits umgesetzt. Die Einführung der beiden Plattformen MARI und PICASSO sowie der Produkteigenschaften und Abrechnungssysteme steht noch aus. Zur Umsetzung des Zielmarktmodells für MARI und PICASSO ist es wichtig, aus den Erfahrungen bei der Einführung des Regelarbeitsmarkts zu lernen. Der BDEW spricht sich daher dafür aus, das Zielmodell erst dann einzuführen, wenn sichergestellt ist, dass die Systeme reibungsfrei funktionieren. Aus diesem Grund sollte von vorneher-ein so geplant werden, dass falls es zu technischen Problemen kommt, die Implementierung noch ver-zögert werden kann, ohne damit gegen rechtliche Verpflichtungen zu verstoßen. Um dies zu gewähr-leisten, schlägt der BDEW eine ausreichend frühe Kommunikation der Schnittstellendefinitionen (min-destens sechs Monate vor Umsetzung) und ausreichend Zeit für das Testen (mindestens drei Monate) in einer Testumgebung in ihrer finalen Ausgestaltung vor. So können frühzeitig Probleme und Herausforderungen erkannt und behoben werden, ohne dass es zu einer Einschränkung der Funktionen kommt. Dafür ist es wichtig, die angestrebten Einführungsdaten klar zu kommunizieren und den engen Austausch zwischen Marktteilnehmern und ÜNB zu pflegen. Der BDEW hat in seiner Stellungnahme eine Reihe von Vorschlägen erarbeitet, wie die Umsetzung des Zielmarktmodells aus Sicht der Markt-teilnehmer ausgestaltet werden sollte. Des Weiteren plädiert der BDEW für die Ausarbeitung von Fall-back-Lösungen, wenn der ursprüngliche Umsetzungszeitplan nicht eingehalten werden kann.</p>		BDEW
Allgemeines			<p>Einführungsdatum: Die geplante Einführung der neuen Modalitäten mit dem Termin der Einführung der MARI- respektive PICASSO- Plattformen ist sinnvoll. Es sollten jedoch noch begleitend weitere Maßnahmen zur Implementierung der Plattformen ergriffen werden. Die Einführung des Regelarbeitsmarktes war begleitet von technischen Problemen, die neben dem unerwarteten Bieterverhalten zu weiteren Verwerfungen geführt hat. Dies ist bei der Einführung der neuen Plattformen unbedingt zu vermeiden, insbesondere sollten rechtzeitig Schnittstellendefinitionen veröffentlicht werden und Systemtests erfolgen.</p>	Bundesverband Neue Energiewirtschaft e.V.
Allgemeines		<p>Die Modalitäten sollten vorschreiben, dass die Implementierung des Zielmarktdesigns für aFRR und mFRR sowie der Beitritt zu den PICASSO und MARI Plattformen idealerweise noch in 2021, aber spätestens im Februar 2022 stattfinden sollte. Die Änderungen der MRRRA sollten alle Regelungen für den Beitritt zu MARI und PICASSO enthalten.</p>	<p>Das Implementierungsdatum wurde vom ursprünglich vorgesehenen Datum in 2021 auf „irgendwann zwischen 1.2. und 24.7.22“ verlegt. Der 24.7.22 wäre die Frist, die sich aus EU-Recht ergibt. Das halten wir für riskant: wenn man von vorneherein ein spätes Datum anpeilt, läuft man Gefahr, dann unter Druck etwas Unfertiges zu implementieren. Besser wäre es, von vorneherein einen Puffer einzuplanen, der es erlaubt, im Fall, dass die Lösung technisch unausgereift ist, die Implementierung zu verzögern. Daher sollte für die Implementierung spätestens der Anfang dieses Zeitraums angepeilt und das auch in den Modalitäten geschrieben werden.</p>	EFET Deutschland
Allgemeines		spezifischer Umsetzungsplan ist erforderlich.	<p>Die Vielzahl an Grenzpreisen, die für aFRR bereitgestellt werden, als auch die getrennte Bepreisung von SA-mFRR und DA-mFRR stellen große Herausforderungen für die Markt-teilnehmer dar. Deshalb sollten für die Datenlieferungen zur Abrechnung der Grenzpreise je BEPP zeitnah praktische Beispiele bereitgestellt werden. Ebenso ist nicht detailliert ausgeführt wie die Bereitstellung der Grenzpreise, entsprechend der von der AOf ausgewählten Gebote, erfolgen soll.</p>	EnBW Energie Baden-Württemberg AG
Allgemeines		Wir unterstützen die geplante zeitgleiche Umstellung von mFRR und aFRR auf das Zieldesign zum Start der PICASSO-Plattform (Option 2).		EnBW Energie Baden-Württemberg AG